

Gute Bildung für jedes Kind von Anfang an: 200 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr in Kitaqualität und in Beitragsfreiheit investieren!

Wir wollen von den über 300 Millionen Euro, die Brandenburg ab 2020 aus dem neuen Länderfinanzausgleich zusätzlich erhält, mindestens 200 Millionen Euro in die frühe Bildung investieren, und zwar und zwar sowohl in die Weiterentwicklung der Qualität und den Ausbau des Angebots als auch in die Beitragsfreiheit. Zugleich muss die rot-rote Landesregierung hierfür bereits jetzt weitere Mittel bereitstellen. Denn Bildung ist Staatsauftrag und Brandenburg belegt bei den Ausgaben für öffentliche Kindertageseinrichtungen je Kind im Ländervergleich nach wie vor einen Schlussplatz. Gute Bildung, Betreuung und Erziehung eines Kindes von Anfang an ist der Schlüssel für mehr soziale Gerechtigkeit in der Zukunft. Gleichzeitig verbessert ein Kita-Besuch allein nicht die Bildungschancen von Kindern, sondern es kommt auch auf die Qualität der Kita an. Deshalb wäre es fatal, die Weiterentwicklung der Qualität gegen die Beitragsfreiheit auszuspielen beziehungsweise das eine zu Lasten des anderen voranzutreiben. Darüber hinaus darf in der aktuellen Debatte nicht vergessen werden, dass der derzeit sehr gute Versorgungsstand mit Kita-Plätzen in Brandenburg kein Selbstläufer ist. Gerade in wachsenden Orten werden wir in den nächsten Jahren auch Mittel für zusätzliche Kitas benötigen.

Mehr Zeit für jedes einzelne Kind – Betreuungsschlüssel weiter senken!

Das Ziel, den Betreuungsschlüssel auf die von der Bertelsmann-Stiftung empfohlene Relation von 1:3 für Unterdreijährige und 1:7,5 für Drei bis Sechsjährige zu senken, wollen wir möglichst schnell mit Hilfe eines Stufenplans erreichen. Denn Zeit der Erzieherinnen und Erzieher für jedes einzelne Kind ist eine wesentliche Voraussetzung für mehr Qualität in der Kita-Bildung. Die derzeitigen Betreuungsschlüssel sind trotz der geplanten beziehungsweise bereits erfolgten Absenkung auf 1:5 für Ein bis Dreijährige und 1:11 für Drei bis Sechsjährige immer noch viel zu hoch, zumal Urlaub, Krankheit oder Abwesenheiten wegen Fortbildungen nicht eingerechnet sind und sie sich nur auf die Kernzeiten und nicht die tatsächlichen Betreuungszeiten beziehen. Unter einer fehlenden individuellen Betreuung leiden vor allem Kinder mit besonderen Herausforderungen.

Wir fordern daher die rot-rote Landesregierung auf, dafür weitere Mittel bereit zu stellen. Zudem muss sich der Bund ab 2018 im Rahmen eines Qualitätsgesetzes an der weiteren Verbesserung der realen Gruppengröße auf 1:4 und 1:10 beteiligen. Aus den Mehreinnahmen des neuen Länderfinanzausgleichs ab 2020 wollen wir dann ca. 95 Millionen Euro investieren, um die Gruppengröße weiter auf die empfohlenen Gruppengrößen zu senken.

Erzieher*innen beruf attraktiver machen und Arbeitsbedingungen verbessern!

Schon jetzt herrscht ein großer Bedarf an Erzieher*innen, besonders Männer sind Mangelware. Wir wollen die Aus- und Fortbildungsangebote ausbauen und die Arbeitsbedingungen für Erzieher*innen verbessern. Kleinere Gruppengrößen sind ein wesentlicher Baustein zur Entlastung, außerdem brauchen Erzieher*innen mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Eltern- und Teamgespräche sowie Fortbildung. Die Kita-Leitungen erledigen ihre Arbeit oft nebenher, sie sollten pro hundert Kinder ganz freigestellt werden. Für diese Maßnahmen wollen wir ab 2020 zusätzliches Geld zur Verfügung stellen.

Auch Kinderbetreuung schrittweise beitragsfrei machen

Bildung ist eine gesellschaftliche Investition in die Zukunft und sollte für Eltern nichts kosten. Das gilt nicht nur für Schulen und Hochschule, sondern auch für Kitas. Das aktuelle System, nach dem Eltern in Brandenburg je nach Wohnort höchst unterschiedliche Sätze bezahlen, ist weder transparent noch gerecht. Während es in einigen Kommunen bereits eine sehr differenzierte soziale Staffelung mit einer Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen und eine deutlich höhere Belastung gerade für Spitzenverdiener*innen gibt, fehlt eine solche wirklich weitgehende soziale Differenzierung an anderen Orten. Im Nachbarland Berlin fallen zudem ab 2018 gar keine Beiträge für Kita-, Tagespflege oder Hortbetreuung mehr an. Zurzeit zahlen Eltern in Brandenburg etwa 90 Millionen Euro pro Jahr an Kita-Gebühren. Gerade für Familien mit kleinen und mittleren Einkommen stellen Kita-Gebühren eine nicht zu unterschätzende finanzielle Belastung dar. Gebührenfreiheit in Kitas ist nicht nur sozial gerecht, sondern fördert vor allem junge Familien. Dafür fordern wir einen landesweiten Stufenplan bei dem Geschwisterkinder ab 2018 beitragsfrei sind. Ab 2020 wollen wir rund 90 Millionen aus den Mehreinnahmen des neuen Länderfinanzausgleichs zur

Verfügung stellen, um den Ü3-Bereich komplett beitragsfrei zu machen und dies auch auf die Krippe auszuweiten.

Finanzierung und Qualitätsentwicklung in einem neuen Kita-Gesetz regeln

Die Kita-Finanzierung wollen wir in einem Kita-Gesetz neu regeln und analog zu Berlin individuell an die Bedarfe der Kinder (Alter, Betreuungszeiten, Integrationskinder) anpassen. Dabei soll besonders dem Problem Rechnung getragen werden, dass aktuell viele Kinder über acht Stunden hinaus in der Kita betreut werden. Das Land finanziert bisher nur eine Betreuungszeit von 7,5 Stunden. Damit lässt sich ein Achtstunden-Arbeitstag plus An- und Abfahrt nicht organisieren. Die Programme der Landesregierung zur besseren Ausstattung von sogenannten „Brennpunktkitas“ mit fünf Millionen Euro pro Jahr und zur baulichen Sanierung mit vierzig Millionen Euro aus dem Topf des wegfallenden Betreuungsgeldes unterstützen wir ausdrücklich.

Bundesweites Kita-Qualitätsgesetz und Bundesförderung anstreben

Wir wollen, dass überall gute Bedingungen für mehr Qualität in den Kitas geschaffen werden und unterstützen deshalb Bestrebungen für ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz. Der Bund soll sich mit einer Milliarde Euro an den zusätzlichen Kosten, insbesondere an der weiteren Verbesserung der Betreuungsschlüssel, beteiligen. Denn gute Bildung für jedes einzelne Kind darf nicht von der sozialen Herkunft oder vom Wohnort abhängen.

Alle weiteren Forderungen siehe LDK-Beschluss vom 16. April 2016 in Wittenberge:
Qualitätsoffensive für die frühkindliche Entwicklung und Bildung in Brandenburg!